

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

31. Sitzung

Berlin, Donnerstag 22. Mai 2003

Zukunftsperspektiven für die Bankgesellschaft Berlin AG nach einem Jahr Risikoabschirmung

Große Anfrage der SPD und der PDS Drs 15/1526

Für die nun folgende Besprechung stehen den Fraktionen nach unserer Geschäftsordnung eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion der SPD. - Herr **Schimmler**, Sie haben das Wort!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein Jahr nach unserem Beschluss über die Risikoabschirmung hat der Senat heute eine erste Bilanz vorgelegt. Wir teilen die in der Beantwortung dieser Großen Anfrage durch Senator Sarrazin aufgestellte Prognose, dass bei der Umsetzung des Restrukturierungsprozesses Fortschritte erreicht wurden - sogar mehr, als man im letzten Jahr erwarten konnte. Wie ich bereits an anderer Stelle einmal ausgeführt habe und wie es der Senator mit der schriftlichen Beantwortung deutlich vorgelegt hat, sind die Zahlen durchaus sehr einprägsam.

Er hat es vorhin noch einmal zitiert: Die Verwaltungskosten wurden um 15,4 % und die Risikoaktiva um 16 % reduziert. Die Kosten konnten auch durch den Abbau von 2 000 Mitarbeitern im Wesentlichen sozialverträglich abgesenkt werden. Die Bank verabschiedete sich vom Großkunden-, vom Auslands- und vom risikoreichen Kapitalmarktgeschäft. Der Traum des Global Players ist jetzt ausgeträumt. Beteiligungen in Polen und Tschechien wurden veräußert. Das Beteiligungsportfolio wurde ebenso wie das Anlagevermögen wertberichtigt. Auch die Veräußerung von Anteilen an den Banken Allbank und Weberbank - wobei letztere besonders gut aufgestellt ist - können das Ergebnis der Bankgesellschaft in der Zukunft verbessern.

[Eßer (Grüne): Woher wissen wir das alles?]

- Können! Immer zuhören! - Durch die Umstrukturierungsbeihilfe und deren hoffentlich baldige Genehmigung durch die EU kann die Bankgesellschaft ebenso gesunden wie durch die baldige Ausgliederung des Immobiliengeschäftes und die Ausgliederung der IBB.

Ähnlich wie Herr Senator Sarrazin wiederhole ich die Auffassung, dass nach Abschluss des Restrukturierungsprozesses die Verkaufschancen für ein solches Institut durchaus besser sind und dass es deshalb richtig war, nicht jedes Angebot unbesehen anzunehmen.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Allerdings ist dies nur ein Teil des Problems. Die Aufarbeitung der Vorkommnisse und ihre strafrechtliche Bewältigung muss Priorität haben. Über die Ausstattung der Staatsanwaltschaft haben wir hier ausführlich diskutiert. Das muss man nicht wiederholen. Die über 70 Ermittlungsverfahren stellen eine hohe Anforderung an die Strafermittlungsbehörden dar. Für sie wird es darauf ankommen, sich effektiv auf wichtige Bereiche zu konzentrieren, um ein strafrechtlich möglichst erfolgreiches Aufklärungsergebnis zu erreichen und Straftäter einer baldigen Verurteilung zuzuführen. Im Gegensatz zum Unter-

suchungsausschuss, der möglichst umfassend aufklären muss, gilt für die Staatsanwaltschaft hierbei - wie ich glaube - eher der Vorrang prozessökonomischen Vorgehens.

Bei den Anwälten der Bank hat man allerdings manchmal den Eindruck, dass entweder der notwendige Biss oder die notwendige Fortune fehlt. Die Anwälte der Bankgesellschaft, die mit dem Untersuchungsausschuss zu tun, haben bei uns doch eher den Eindruck erzeugt, dass die Informationsbereitschaft nicht sehr groß ist.

[Dr. Lindner (FDP)_ Es ist wie beim Senat! -
Eßer (Grüne): Wie bei der Regierungskoalition!]

Ob das nun an dem Auftraggeber Bank liegt oder daran, dass man ein gutbezahltes Mandat behalten will, mag dahingestellt sein. Es ist allerdings wenig hilfreich für die Aufklärung, wenn selbst gegen die Aushändigung von Blättern, die gerade einmal die Zimmerverteilung darstellen, Bedenken erhoben werden. Das hat mit Aufklärungswillen nicht mehr viel zu tun.

[Wieland (Grüne): Allerdings! - Dr. Lindner (FDP): Die haben sich dem Senat angepasst!]

Dieses Plenum hat zu Recht in der letzten Sitzung beschlossen, dass die Bankgesellschaft verstärkt ihr Augenmerk auf die zivilrechtlichen Verfahren gegen die Verantwortlichen der Bankenkrise lenken muss. Dass bisher trotz der drei Kündigungsschutzklagen von Vorstandsmitgliedern, die erstinstanzlich abgewiesen wurden, fünf Sechstel der Kündigungsverfahren erstinstanzlich verloren gingen, spricht nicht gerade für die hervorragende Qualität der dort eingereichten Klagen und der Arbeit der Anwälte.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Auch andere Ränge hatten durchaus Erfolg, die nicht ganz oben waren. Wie sich aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses ergibt, sind aber auch andere leitende Mitarbeiter, die dem damaligen Kurs der Bank oder ihrer Töchter durchaus kritisch gegenüberstanden, gekündigt worden. Nach erfolgreichen Kündigungsschutzprozessen erhalten sie weiter ihr Gehalt, werden aber nicht beschäftigt. Man hat das Gefühl, dass hier Nestbeschmutzer vielleicht sogar bestraft werden sollen. Ein ähnliches Bild ergibt sich z. B. auch, wenn man sieht, wie die Bankgesellschaft mit einer ihrer Töchter umgeht. Die S.T.E.R.N., eine Tochterfirma der Immobiliertochter Bavaria, hatte sich kritisch zu einzelnen Immobilienbewertungen geäußert; zu Recht, wie sich herausstellte. Es ist dann schon merkwürdig, wenn die Mutter sie nicht mehr mit Aufträgen versorgt und versucht, sie möglichst schnell loszuwerden und auszuhungern. Hier entsteht doch der Eindruck, als ob die doch der Eindruck, als ob die Bank jedes Gerede über die Bank vermeiden will, weil sie befürchtet, das würde ihrem Goodwill, ihrem Ansehen schaden. Hier muss man ihr sagen: Der Ruf war schon angeknackst, als die Bankenaffäre endlich hoch kam, und hier hilft heute nur noch Aufklärung. Mit Bankgeheimnissen, die überhaupt gar nicht gefährdet sind, kann man hier nicht argumentieren. Man muss sich entschließen, volle Aufklärungsarbeit zu leisten.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Gleichzeitig sollte man allerdings auch nicht nur auf alle Verfahren gerichtlicher Art warten, sondern in der Tat das Instrument der Aufrechnung gegen Pensionszahlungen durchaus benutzen, damit man hier endlich einmal etwas schneller weiterkommt und Zeichen setzen kann.

[Wieland (Grüne): Sagen wir doch!]

Zwischenzeitlich wurden auch Aufsichtsräte im Wesentlichen neu besetzt. Herr Senator Sarrazin hat darauf hingewiesen. Aber der jüngste Rücktritt des Aufsichtsratsvorsit-

zenden zeigt auch, wie schwer es ist, andere renommierte Banker für eine solche Position zu finden. Auch hier zeigt sich, dass der Traum der damaligen Banker und mancher in der Berliner Politik von dem Global Player Bankgesellschaft inzwischen längst vorbei ist und keinerlei Realität mehr hat. Auch hier ist deutlich: Insgesamt kann dem Ruf eines solchen Instituts nur noch die Aufklärung als ultima ratio helfen.

Die eingerichteten Controllinginstrumente müssen noch effektiviert werden. Zahlreiche Beschlüsse des Abgeordnetenhauses müssen auch aus der Sicht der SPD-Fraktion konsequent umgesetzt werden. Für die SPD-Fraktion scheint es deutlich zu sein, dass der Senat hier auf dem richtigen Weg ist. Er setzt konsequent um, was wir mit der Risikoabschirmung beabsichtigten. Wir erwarten von Senator Sarrazin bei der Restrukturierung der Bankgesellschaft, dass er dort ebenso konsequent vorgeht wie bei seinen Sparauflagen gegenüber den Senatskollegen, ob mit oder ohne Folien. Und wie wir ihn kennen gelernt haben, können wir das von ihm auch so erwarten. Wir ermutigen ihn, eher Dampf zu machen, auch hinsichtlich der Vorlage der Positivliste.

Also, aus der Sicht der SPD-Fraktion: Der Senat ist auf dem richtigen Weg, die Bankgesellschaft im wirtschaftlichen Bereich eigentlich auch, aber bei der Aufklärung muss sie noch eine ganze Menge zulegen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]